

Sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern in der deutsch-tschechischen Grenzregion

Gremium	Generalsynode der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich
Funktionsperiode	XIII. Generalsynode
Session	3. Session
Beschlussdatum	15. November 2008, Villach
ABl. Nr.	193/2008

1. Die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich begrüßt die Initiative der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder (EKBB) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegen sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern in der Grenzregion.
2. Die Evangelische Kirche A. und H. B. in Österreich schließt sich inhaltlich der Resolution („Kundgebung“) an, die von der EKBB und von der EKD bereits jeweils durch Synodenentscheid beschlossen wurde, dies insbesondere bezogen auf die österreichisch-tschechische Grenzregion.
3. Die Ergebnisse der langjährigen Zusammenarbeit zwischen EKBB und EKD in dieser Frage sind in Rücksprache mit den Partnerkirchen auf die spezifischen Verhältnisse Österreichs und der Evangelischen Kirche in Österreich hin zu adaptieren. Damit wird der Diakonische Ausschuss der Generalsynode beauftragt.
4. Vor allem für die Gemeinden in Grenznähe und für die Werke und Einrichtungen der Kirche, die dafür zuständig sind (v. a. Evangelische Frauenarbeit), sind konkrete Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Diese Aufgabe unter Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und Einrichtungen wahrzunehmen, wird ebenfalls dem Diakonischen Ausschuss übertragen.

Dabei ist auf folgende inhaltliche Differenzierung zu achten:

- Prostitution und Sexarbeit treten im Grenzgebiet zwischen Österreich und den östlichen Nachbarstaaten hauptsächlich deshalb auf, weil diese Region wirtschaftlich schlecht erschlossen ist und daher Frauen auf beiden Seiten der Grenzen in diesem Bereich oft ihre eigene Existenzgrundlage sehen.

Es ist daher nötig,

- die Problematik in diesem Kontext zu sehen und Initiativen zur selbstbestimmten Berufs- und Arbeitsplatzwahl für Bewohner/innen im Grenzgebiet zu fördern,
- Frauenhandel als ein Verbrechen gegen die Menschenrechte entsprechend zu ahnden. Initiativen wie die „Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels (LEFÖ)“ der „MAIZ“ können als Expertinnen für sinnvolle Initiativen herangezogen werden,
- sexuelle Ausbeutung von Kindern als Gewalt zu ahnden. Kinderhilfsprogramme wie ECPAT stellen sich in den Dienst der minderjährigen Opfer und stehen zur Zusammenarbeit mit kirchlichen Initiativen zur Verfügung.

**Kundgebung der Synoden der EKBB und der EKD
zum Thema „Sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern
in der deutsch-tschechischen Grenzregion“**

Mitten im sich vereinigenden Europa von heute gibt es ein Elend, das nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Kirchen gerne übersehen. Es ist das Elend der Frauen und Kinder, die vom organisierten Verbrechen in die Sex-Industrie geschleust werden. Sie leben erniedrigt, missbraucht und versklavt, illegal und anonym, meist ohne eigene Schuld und ohne Hoffnung auf ein Entkommen.

Diese Probleme haben sich besonders auf die Gegend entlang der tschechisch-deutschen Grenze konzentriert, was die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder (EKBB) veranlasste, auf der EKD-Synode 2003 die Aufmerksamkeit auf diese abscheuliche Verletzung der Menschenrechte zu lenken. Auf Entschluss beider Kirchen entstand eine gemeinsame tschechisch-deutsche Kommission, die eine Beschreibung und Analyse der gegenwärtigen Situation erarbeitete sowie Empfehlungen vortrug, wie die Kirchen auf der Grundlage christlicher ethischer Prinzipien in dieser Sache helfen könnten. Der Abschlussbericht dieser Kommission wurde beiden Kirchen vorgelegt.

Die Synoden der EKD und der EKBB rufen Christen und Christinnen in unseren Kirchen und Gemeinden dazu auf, ihre Aufmerksamkeit auf diese Probleme zu richten, die im tschechisch-deutschen Grenzgebiet fortbestehen.

Wir wünschen uns, dass die gemeinsame Arbeit von EKBB und EKD auf Grundlage einer vertieften theologischen Diskussion in unseren Kirchen zu einer schärferen Wahrnehmung dieser Probleme und zu intensiverer Zusammenarbeit — insbesondere der grenznahen Gemeinden führt. Wir hoffen, dass dies zu einem wirksameren Vorgehen gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern und Frauen beiträgt.

Wir danken allen, die sich in diesem schwierigen Problemgebiet engagieren, seien es staatliche Organe oder nichtstaatliche Organisationen. Wir verpflichten uns, die Arbeit in diesem Bereich zu unterstützen. Wir appellieren ebenso an alle, die in Kirche, Diakonie und in der Gesellschaft Verantwortung tragen, diese Arbeit finanziell und anderweitig angemessen zu unterstützen. Wir halten eine bessere tschechisch-deutsche Koordinierung

dieser Aktivitäten für wichtig, damit den betroffenen Personen wirksamere Hilfe und nachhaltige Fürsorge zuteil wird.

Wir weisen darauf hin, dass Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung auch an anderen Orten in der Nähe der Grenzen mit anderen Nachbarstaaten, namentlich mit Österreich, stattfindet. Wir fordern die verantwortlichen Institutionen auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung dieses Übels zu verstärken und gegenseitig zu koordinieren. Wir fordern die nationalen Regierungen auf, die Täter strafrechtlich zu verfolgen.

Wir fordern die Europäische Kommission und den Europarat auf, die bestehenden Mittel im Kampf gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung tatkräftig weiterzuentwickeln und anzuwenden.

Mit Blick auf die Präsidentschaft der Tschechischen Republik im Rat der EU im Jahr 2009 bekräftigen wir hiermit die gemeinsame Verantwortung unserer Kirchen für ein Europa, in dem Menschenwürde und Solidarität geachtet werden und in dem menschliches Handeln auf Gerechtigkeit und Barmherzigkeit ausgerichtet ist.

